EV.-LUTH. LANDESKIRCHE HANNOVERS

DAS LANDESKIRCHENAMT

Hannover, den 24. Aug. 1988
Rote Reihe 6
Telefon: 0511/1241-0 Durchwahl: 1241-382
Az.: 71140 III 15 R 410

Rundverfügung G14/1988

Flächenstilllegungs-Programm

- I. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder fördern seit dem 1. Juli 1988 die Stilllegung von Ackerflächen, um die landwirtschaftliche Erzeugung an die Marktentwicklung anzupassen. Dabei sind die Belange des Umwelt- und Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Raumordnung zu beachten. Die Einzelheiten regeln vorläufige Richtlinien des Nds. ML über die Gewährung von Zuwendungen an landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen für die Stilllegung landwirtschaftlicher Ackerflächen (Flächenstilllegungs-Programm), die in ihrer endgültigen Fassung in Kürze im Rahmen eines Runderlasses im Niedersächsischen Ministerialblatt veröffentlicht werden.
- II. Auf Antrag werden an landwirtschaftliche sowie an land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, die Ackerflächen stilllegen wollen, Zuwendungen aus Landesmitteln unter finanzieller Beteiligung des Bundes gewährt. Voraussetzung hierfür ist u. a., daß die Flächen für die Dauer von 5 Jahren stillgelegt werden und mindestens 20 % der Ackerflächen eines Betriebes umfassen.
- III. Die Flächenstilllegung kann auf Ackerflächen, die mindestens seit dem 1. Juli 1987 bis zum 30. Juni 1988 als solche genutzt worden sind, durch folgende Maßnahmen geschehen:
 1. Brachlegung
 - a) während des Stilllegungszeitraumes von 5 Jahren auf derselben Fläche (Dauerbrache) oder
 - b) während des Stilllegungszeitraumes von 5 Jahren auf jeweils wechselnden Flächen (Rotationsbrache);
 2. Aufforstung;
 3. Nutzung zu nicht landwirtschaftlichen Zwecken, insbesondere für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege;
 4. Umwandlung in extensiv zu nutzendes Grünland.

Die im letzten Satz des Abschnittes II angesprochenen Flächen müssen mindestens 1 ha pro Betrieb umfassen. Es muß sich dabei um ganze Flurstücke oder um Teilflächen von mindestens 1 ha handeln.

Im Falle der Einbeziehung von Ufer- und Waldrandstreifen in die Förderung als Dauerbrache kann die Mindestgröße von 1 ha zusammenhängende Ackerfläche unterschritten werden.

Ufer- und Waldrandstreifen müssen eine Mindestbreite von 5 m haben. Die Abgrenzung des Uferstrandstreifens bezieht sich nur auf die Ufergrundstücksfläche, deren Bewirtschaftung nicht bereits nach anderen Rechtsvorschriften untersagt ist, z. B. Wasserrecht, Wasserverbandsrecht.

Die Einbeziehung von Pachtflächen in die Stilllegung ist nur möglich, wenn der Zuwendungsempfänger diese Flächen mindestens 3 Jahre vor Antragstellung bewirtschaftet hat.

Die stillgelegten Flächen gelten weiterhin als landwirtschaftlich genutzte Flächen, soweit sie nicht aufgeforstet oder der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen worden sind.
- IV. Die Kirche mit ihrem landwirtschaftlich genutzten Streubesitz sollte die politische Zielsetzung des Flächenstilllegungs-Programms unterstützen, zumal dadurch ein wertvoller Beitrag zum Umwelt- und

Naturschutz geleistet wird (Verringerung der Produktion von Erzeugnissen, für die eine gemeinsame Marktorganisation besteht, Verzicht auf den Einsatz von Dünger- und Pflanzenschutzmitteln). Die brachgelegten Flächen sollen auch künftig ihrer eigentlichen Zweckbestimmung gemäß in unvermindert gutem Kulturzustand und zu angemessenen Pachtzinsen an aufstockungswillige landwirtschaftliche Unternehmer verpachtbar sein. Besonderes Augenmerk müssen die kirchlichen Rechtsträger daher darauf richten, daß die Pachtflächen bei Pachtende in ordnungsmäßigem Zustand zurückgegeben werden.

- V. Die kirchlichen Rechtsträger müssen sich einen Überblick darüber verschaffen, welche ihrer Flächen in das Flächenstillegungs-Programm einbezogen werden, zumal sie es nicht von Amts wegen erfahren. Weder die vorstehend unter Abschnitt I genannten Richtlinien noch die Antragsvordrucke sehen vor, daß der Pächter die Zustimmung seines Verpächters zur Flächenstillegung einzuholen hat. Handhabe hierfür bieten nach unserer Meinung aber diejenigen Bestimmungen in den landeskirchlichen Landpachtvertragsmustern, nach denen der Pächter die Nutzungs- und Kulturart von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken nicht ohne Zustimmung des Verpächters ändern darf.

- VI. Den Pächtern, die sich an dem Flächenstillegungs-Programm beteiligen wollen und die die erforderliche Zustimmung nach dem Pachtvertrag erbitten, sollte diese erteilt werden, soweit es sich um eine Brachlegung (Dauerbrache oder Rotationsbrache) handelt und soweit eine Begrünung der Flächen durch den Pächter erfolgt.

Eine Selbstbegrünung sollte wegen der damit verbundenen Gefahr der Verunkrautung mit nachteiligen Auswirkungen nicht zugelassen werden.

Bei der Umwandlung in extensiv zu nutzendes Grünland ist die Zustimmung zu erteilen, wenn zu erwarten ist, daß die Fläche auch nach Ablauf des Flächenstillegungs-Programms dauernd und zu angemessenen Pachtzinsen zu verpachten ist.

Im Falle der Aufforstung und der Nutzung zu nicht landwirtschaftlichen Zwecken ist vor der Zustimmung unsere Stellungnahme einzuholen.

Eine Pachtzinsminderung aus Gründen der Flächenstillegung kommt nicht in Betracht, weil die Pächter für ihren Ertragsausfall vom Land Niedersachsen entsprechend entschädigt werden.

- VII. Da die Flächenstillegung den im Verhältnis zur Pachtperiode langen Zeitraum von 5 Jahren umfaßt, ist im Rahmen der regelmäßigen Begehung der Grundstücke (vgl. hierzu Nr. 11 der Durchführungsbestimmungen zum Pachtwesen vom 29. Febr. 1988, Kirchliches Amtsblatt 1988 S. 34) unter anderem auch zu prüfen, ob der Pächter die Auflagen des Flächenstillegungs-Programms ordnungsgemäß durchführt. Eine Überprüfung halten wir insbesondere rechtzeitig vor Ablauf der Pachtperiode für erforderlich, wenn zum Zeitpunkt der Zustimmung zur Flächenstillegung durch den Kirchenvorstand bereits feststeht, daß der Pächter die Flächen nach Ablauf der Pachtperiode nicht wieder pachten will oder ihm die Fläche nicht wieder verpachtet werden soll. Wenn sich ein Pächter verpflichtet, daß gepachtete Flächen für eine längere Zeit als der Pachtvertrag läuft stillgelegt werden, haftet er dafür, daß die Flächen über die Zeit des Pachtvertrages hinaus nicht zur landwirtschaftlichen Produktion genutzt werden.

- VIII. Kirchlicherseits sollte den Pächtern grundsätzlich empfohlen werden, der Rotationsbrache den Vorzug vor der Dauerbrache zu geben und aus Gründen des Umweltschutzes vorrangig Ufer- und Waldrandstreifen in zu stellende Anträge auf Gewährung von Flächenstillegungs-Beihilfen einzubeziehen.

- IX. Gezielte Auskünfte über das Flächenstillegungs-Programm des Landes Niedersachsen erteilen die Ämter für Agrarstruktur. Im übrigen bitten wir um Verständnis, daß diese Rundverfügung an alle Kirchen- und Kapellenvorstände gesandt wird. Der Arbeitsaufwand für eine begrenzte Versendung wäre unvertretbar. Außerdem läßt sich von hier aus nicht mit hinreichender Sicherheit übersehen, welche Kirchen- bzw. Kapellengemeinden nicht von diesem Fragenkreis berührt werden.

gez. Dr. von Vietinghoff